

8. Landfill Mining - Deponien als Ressourcen

Antrag des Regierungsrates vom 13. November 2024 und Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 15. April 2025

KR-Nr. 357a/2022

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Mit diesem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, das Potenzial für Landfill Mining im Kanton Zürich darzulegen und aufzuzeigen, wie dieses Potenzial erschlossen werden kann. Beim Landfill Mining geht es darum, eine bestehende oder alte Deponie wieder abzutragen und dabei möglichst viel Material stofflich oder thermisch zu verwerten. Anschliessend kann am selben Standort eine neue Deponie nach den aktuellen Vorgaben errichtet werden.

Im Kanton Zürich gibt es aktuell eine Deponie, die Deponie Tambrig in Obfelden, bei der Landfill Mining betrieben wird. Im Rahmen der Gesamtschau Deponien, die übrigens in nicht allzu ferner Zukunft zu einer sicherlich breit zu diskutierenden Richtplanrevision zu diesem Thema führen wird. Im Rahmen dieser Gesamtschau wurden sechs weitere Standorte eruiert, bei denen Landfill-Mining als sinnvoll erscheint. Dabei ist allerdings weniger die stoffliche und thermische Wiederverwendung von Material der Hauptzweck, vielmehr liegt der Hauptnutzen darin, Raum für moderne Deponien zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig belastete Standorte zu sanieren. Insgesamt ist festzuhalten, dass das Potenzial für Landfill Mining im Kanton Zürich zwar begrenzt ist, die erkannten Standorte bieten dafür aber einen Dreifachnutzen, nämlich den Raumgewinn für moderne Deponien, die Sanierung belasteter Standorte und die partielle Wiederverwendung des deponierten Materials.

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt beantragt einstimmig, das Postulat abzuschreiben.

Urs Wegmann (SVP, Neftenbach): Ich kann es, glaube ich, kürzer machen, als ich mir vorgenommen habe, Andreas Hasler hat das Wichtigste schon erwähnt. Das Postulat wäre nicht nötig gewesen, wie wir das in der Diskussion (*bei der Überweisung*) schon gesagt haben. Dass wir da grossartige Rohstoffe abbauen könnten, das ist in der Schweiz kein Thema. Es läuft eigentlich schon, es ist im Richtplan, der bald kommen wird, bereits berücksichtigt. Positiv ist, dass wir das jetzt schon wissen. Wir können davon ausgehen, dass bis zu 5,5 Millionen Kubikmeter zusätzliches Deponievolumen wiedergenutzt werden kann, dadurch braucht es weniger neue Standorte. Das ist sicher die positive Erkenntnis. Etwas schade ist das natürlich für die betroffene Bevölkerung, die erneut oder länger mit einem Deponiestandort belastet sein wird, aber insgesamt ist das eine positive Geschichte.

Wir danken dem AWEL (*Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft*) für seine Arbeit. Was sinnvoll ist, ist aufgegleist. Wir wissen, dass es auch künftig nicht plötzlich noch neue Standorte geben wird, also diese sechs Standorte sind für die

nächsten Jahrzehnte das höchste der Gefühle. Wir können somit, wie die Regierung und die Postulanten auch, der Abschreibung zustimmen. Tun Sie es uns gleich. Danke.

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren): Die Rückgewinnung von Rohstoffen aus Deponien ist verlockend, möglich, aber auch schwierig. Dies zeigt der vorliegende Bericht der Regierung auf. Wir sollten entsprechend handeln. Wir schreiben das Postulat ab.

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich): Der Kanton hat das Thema Landfill Mining praktisch zeitgleich mit der Einreichung des Postulats der FDP-Fraktion aufgegriffen. Das zeigt, dass der Handlungsbedarf erkannt und die Arbeit vorangetrieben wurde, ganz im Sinne unserer Fraktion. Landfill Mining ist aus unserer Sicht ein wichtiger Ansatz im Umgang mit Deponien. Aus alten Deponien können Wertstoffe gewonnen werden, die früher nicht als solche galten. Gleichzeitig lassen sich belastete Standorte sanieren und Land kann rekultiviert werden. Der grösste Pluspunkt ist, dass wir an bestehenden Standorten neuen Platz schaffen, was in der politischen Diskussion weit zielführender ist, als neue Deponiestandorte zu erschliessen, ein Thema, das bekanntermassen grosse Kontroversen auslöst und demnächst wieder auf den Rat zukommt. Es liegt ein grosses Potenzial vor und wir alle wissen: Deponien werden auch künftig gebraucht, auch wenn sie nicht beliebt sind. Wir sind überzeugt, dass dieser Ansatz die künftigen Debatten zur Planung von Deponien entschärfen und neue Möglichkeiten eröffnen kann. Die FDP ist daher mit der Abschreibung des Postulats einverstanden.

Daniel Rensch (GLP, Zürich): Im Kanton Zürich deponieren wir jährlich etwa 1 Million Tonnen Abfall und Rückstände aus Kehrrichtverwertungsanlagen. Täglich füllen wir damit etwa 6000 Kubikmeter Deponieraum. Ich versuche, das mal bildlich zu verdeutlichen: Wäre unser Ratssaal hier eine Deponie – und ich betone «wäre» –, wäre er in nur zwei Tagen bis zur Decke gefüllt und dann im wahrsten Sinne des Wortes voll. Gemäss Baudirektion reichen die bestehenden Deponiekapazitäten noch für vier bis zehn Jahre, wenn unser Umgang mit Abfall bleibt wie bisher. Das geplante Landfill Mining an sechs Standorten bringt uns lediglich 1 Million Kubik oder 1 Million Tonnen mehr und damit lediglich ein weiteres Jahr Kapazität. Das ist ein Anfang, reicht aber längst nicht, um unsere aktuellen Mengen langfristig zu bewältigen. Die Schlussfolgerung daraus ist klar: Wir müssen die Abfallmengen rasch und deutlich senken und den Wandel zur echten Kreislaufwirtschaft schaffen. Abfall ist eine Ressource, doch die technischen und wirtschaftlichen Herausforderungen zur Nutzung dieser Ressource sind noch gross. Um den nötigen Wandel zu ermöglichen, brauchen wir notgedrungen vorübergehend mehr Deponieraum. Ich freue mich deshalb auf die anstehende, dringend nötige Debatte zur Deponieplanung. Wir schreiben ab.

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon): Zuerst möchte ich mich bei der Verwaltung für den zugegebenermassen sehr, sehr kurzen Postulatsbericht bedanken. Grund für die Prägnanz ist folgender: Die Baudirektion hat das Postulat bereits erfüllt, bevor es durch die FDP eingereicht wurde. Somit konnten sich die KEVU und der Kantonsrat wenigstens über den aktuellen Stand informieren. Und ausserdem schätzen wir Grüne es ausdrücklich, wenn die FDP sinnvolle Ideen zur Umsetzung unserer Kreislaufinitiative einbringt. Das Postulat kann abgeschrieben werden.

Ratspräsident Beat Habegger: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das Postulat KR-Nr. 357/2022 ist abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.